

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 21

Berlin, den 1. November 1937

16. Jahrgang

Polen in der Krise

Wenn die polnischen Politiker an staatspolitischen Ideen ebenso fruchtbar wie an politischen Parteien, Fronten, Klubs und Zirkeln wären, dann wäre es nicht zu der Krise des polnischen Staatsgedankens gekommen, die das öffentliche Leben Polens in ein chaotisches Durcheinander gestürzt hat. In letzter Zeit ist eine ganze Reihe neuer politischer Gruppen entstanden. Von den alten politischen Lagern und Parteien haben sich bald größere, bald kleinere Teile gelöst. In fast allen Lagern hat sich die radikalere Jugend gegen das bedächtigeren Alter erhoben. In der Nationalen Partei hat der Kampf um die Führung mit dem Sieg des radikalen Flügels geendet. Zum Vorsitzenden der Partei wurde nicht der frühere Abgeordnete Bielecki, der Kandidat Roman Dmowski, sondern der Rechtsanwalt Kowalski, der Vertreter der jüngeren Parteikreise, gewählt. Die bäuerliche Volkspartei ist weiter bestrebt, sich alle Möglichkeiten einer politischen Orientierung einerseits zu den Sozialdemokraten, andererseits zu der katholischen Mitte offenzuhalten; dabei aber läßt sie auch die Möglichkeiten nicht außer Acht, die sich für sie etwa aus dem Anlehnungsbedürfnis der mit dem Kleinbauerntum sympathisierenden Regierungskreise ergeben.

Mehrere große Verbände, die ursprünglich ihren Beitritt zum „Lager der nationalen Einigung“ erklärt hatten, haben auf einer gemeinsamen Tagung gegen den von Oberst Koc eingeschlagenen Kurs Einspruch erhoben, so u. a. die „Polnische Militärorganisation“, die einstmals zur getreuesten Gefolgschaft Pilsudskis gehörte, der „Verband der staatsbürgerlichen Arbeit der Frauen“ und die Frontkämpferverbände. In den Reihen des Legionärverbandes, der nach der Absicht Rpdz-Emiglys das eigentliche Rückgrat des Kocschen Lagers darstellen sollte, haben sich gleichfalls Spaltungsercheinungen bemerkbar gemacht. Der „Verband Junges Polen“ scheint der Führung seines Gründers, des Obersten Koc, zu entgleiten und Anschluß an die Kreise der nationalradikalen Jugend zu suchen. Der Stabschef des „Lagers“, Oberst Kowalewski, ist ins Kriegsministerium berufen und durch Oberst Wenda ersetzt worden, einen früheren Adjutanten des Marschalls Pilsudski. Zugleich heißt es, daß das „Lager der nationalen Einigung“ aus seiner bisherigen parlamentarischen Passivität herauszutreten und in Sejm und Senat eigene Klubs aufzumachen gedente. Dabei sind die dem Lager angehörenden Vertreter der teils mehr links, teils mehr rechts orientierten Berufsverbände bestrebt, sich zur Wahrung ihrer Sonderinteressen in einem eigenen Klub zusammenzuschließen.

Auf dem linken Regierungsfüßel, auf dem die Gruppe der „Verbesserten“ die politische Atmosphäre bestimmt, hat sich eine „Demokratische Front“ zusammengefunden, die in die geistesverwandten Gruppen der linken Opposition hineinreicht. Im Sejm hat sich ein Klub der dieser Richtung angehörenden „Volkswereiter“ gebildet. Am gleichen Tage haben in Warschau Mitglieder einiger Wehr- und Angestelltenverbände zusammen mit Angehörigen der alten Jugendorganisation des ehemaligen Pilsudskilagers, der „Legion der Jungen“, einen „Verband der Patriotischen Linken“ aus der Taufe gehoben. Ein wenig überraschend ist dann noch die Nachricht gekommen, daß sich der Schützenverband, der Pfadfinderverband und der Zentral-

verband der Dorfjugend zusammengefunden und eine Art Arbeitsabkommen getroffen haben. Es sind das drei Verbände, die zusammen etwa $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder zählen. Offensichtlich ist diese „Verständigungskommission der polnischen Jugendorganisationen“ als ein Sammelbecken für diejenigen Teile der polnischen Jugend gedacht, die sich zwar auch zur Ideologie Pilsudskis bekennen, aber in dem vom Obersten Koc ins Leben gerufenen „Verband Junges Polen“, der politisch nach rechts tendiert, nicht mitmachen wollen. Dabei ist zu bemerken, daß sowohl der Schützenverband wie der Pfadfinderverband ursprünglich dem „Lager der nationalen Einigung“ ihre Unterstützung zugesagt hatten. Daß es mit dieser Unterstützung freilich nicht allzu weit her war, ließ schon die Tatsache erkennen, daß der Schützenverband vor einiger Zeit ein Arbeitsabkommen mit dem Polnischen Lehrerverband abgeschlossen hat, dessen Vorstand kürzlich auf Betreiben des Kocschen Lagers von der Regierung wegen finanzieller Verfehlungen und kommunistenfreundlicher Umtriebe aufgelöst worden ist. Die von der „Verständigungskommission“ veröffentlichte Erklärung haben u. a. der Wojewode G r a z y n s k i und Oberst F r y d r y c h, der Adjutant des Obersten Beck, unterschrieben. Nachträglich hat noch die Vereinigung der arbeitenden Jugend ihren Anschluß an diese Gruppe erklärt. Im ganzen sind also auf der demokratischen Linken, die vom linken Regierungsfügel in die Opposition hineintrifft, in letzter Zeit drei Zusammenschlüsse erfolgt: die „Demokratische Front“, der „Verband der Patriotischen Linken“ und die „Verständigungskommission der polnischen Jugendorganisationen“. Ob diese drei Gruppen zusammengehen oder gegeneinander arbeiten werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Unterschiede werden sich zwischen ihnen vermutlich in der Behandlung der Judenfrage und in der Frage ergeben, ob und wie weit sich mit den bolschewistenfreundlichen Vertretern des Volksfrontgedankens zusammenarbeiten läßt.

Zu gleicher Zeit hat sich in Warschau unter der Bezeichnung „Katholische Nationale Verständigung“ ein Klub von Abgeordneten und Senatoren gebildet, von dem es noch nicht klar ist, wo er sich zwischen Endelen, Konservativen, Chadenen und Koc-Lager politisch einzureihen gedenkt. Weiter ist im „ABC“, dem Organ der Nationalradikalen, ein Aufruf erschienen, der die Bildung eines neuen politischen Sammelorgans ankündigt, das sich als „Polnische Konföderation“ allen nationalen Kreisen empfiehlt und in seinem Programm vom „Wohl der polnischen Nation“, von der „christlichen Ethik“, von der „sozialen Gerechtigkeit“ und dergleichen spricht, die Bekämpfung der jüdischen, freimaurerischen und kommunistischen Einflüsse im polnischen Leben sowie der Einflüsse jeglicher „fremder Agenturen“ in Polen verlangt und gegenüber den nationalen Kreisen, die anderen politischen Organisationen angehören, Loyalität zu bewahren verspricht.

Mehr Beachtung als diese Zusammenschlüsse hat folgendes Ereignis gefunden: Durch die Vereinigung der Christlich-Demokratischen Partei mit der Nationalen Arbeiterpartei ist eine neue Gruppe entstanden, die sich den Namen „Partei der Arbeit“ beigelegt hat. Die Meinungen über die Bedeutung dieses Zusammenschlusses gehen in der polnischen Öffentlichkeit weit auseinander. Doch davon abgesehen, ist die neue Partei von allen in letzter Zeit entstandenen Fronten, Parteien und Lagern zweifellos die interessanteste Gruppe. Zur ihr gehören die bekanntesten und flürstten Gegner des nach dem Maingsturz von 1926 aufgerichteten Regierungssystems und die unversöhnlichsten persönlichen Feinde Pilsudskis. Zu Ehrenvorsitzenden der neuen Partei wurden ernannt der Klavierpieler und ehemalige Staatspräsident Ignaz P a d e r e m s k i und der 1926 von Pilsudski abgesetzte ehemalige Staatspräsident Stanislaw W o j c i e c h o w s k i. General Haller hat den Vorsitz der Partei übernommen. Dem in der Verbannung lebenden Rebellenführer Wojciech K o r s a n t y ist das Amt des geschäftsführenden Vorstandes mitgliedes anvertraut worden. Die neue Partei, der sich neben einigen Arbeiterorganisationen auch der Verband der Hallersoldaten angeschlossen hat, bekennt sich zur Redemokratisierung des politischen Lebens in Polen. Sie will den Kommunismus bekämpfen und erklärt sich gegen die Idee der „Elite“. An die Stelle der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft will sie eine „organisierte Planwirtschaft“ setzen. Sie fordert die Reform des Wahlrechtes, wobei jedoch „in den nationalgemischten Gebieten die Interessen des Polentums gehörig sichergestellt werden müssen“. Im übrigen erklärt sie, sich zur „christlichen Moral“ als der sittlichen Grundlage ihres politischen Handelns bekennen zu wollen. Es handelt sich bei der „Partei der Arbeit“ um eine ausgesprochen clerikale, dogmatisch deutschfeindliche Gruppe, die sich politisch einerseits auf die

„Katholische Aktion“ und andererseits auf die bäuerliche Volkspartei als ihre besten Bundesgenossen zu stützen gedenkt.

Mitten in diesem Durcheinander spielt das „Lager der nationalen Einigung“ eine doch ziemlich unklare Rolle. Es ist nicht ganz klar, welche Kräfte dieses Lager tatsächlich hinter sich hat. Es ist immerhin denkbar, daß sich verschiedene Gruppen, die heute getrennt marschieren und sich nach den ersten Sympathieumgebungen für einander wieder von einander entfernt haben, zu gemeinsamer Aktion in dem dehnbaren „Lager der nationalen Einigung“ zusammenfinden werden. Auf der anderen Seite läßt sich wenig darüber sagen, welche von den neu entstandenen und immer noch entstehenden Gruppen lebensüchtig und stark genug sein werden, ein politisches Sammelbecken breiterer Volksschichten zu werden und das gegenwärtige Durcheinander zu überdauern. Der einzige ruhende Pol ist die Armee, deren Geschlossenheit durch den Lärm der politischen Parteien noch nicht hat gesprengt werden können. Das Unteroffizierkorps, das, wie überall, so auch in Polen das moralische Rückgrat des Heeres bildet, ist noch intakt. Doch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß das Offizierkorps, das sich zum großen Teil aus der stark politisierten Bürgerschicht rekrutiert, in den Kampf um die Macht im Staate hineingezerrt wird. Die Führung hat es daher für richtig gehalten, die Trennung zwischen Politik und Armee zu verschärfen. In diesem Sinne sind die kürzlich veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zur Offizierspragmatik vom 12. März d. J. zu verstehen, die den aktiven Offizieren die Teilnahme an politischen Kundgebungen und Sitzungen politischen Charakters sowie die Beschäftigung mit politischen Problemen in der Presse verbieten. Es ist aber immerhin denkbar, daß sich der politische Kampf in Polen in einer Weise verschärft, die auch die Armee vor die Notwendigkeit schwerwiegender Entscheidungen stellt. Es gibt jedenfalls zu denken, daß selbst im engsten Regierungskreis Politiker sitzen, die mit den Gruppen sympathisieren, die zunächst mit dem Bauernstreik und dann mit dem Lehrerstreik ihre Kampfbereitschaft bekundet und schließlich angedroht haben, einem Verbruch der Rechtsorientierung der Staatsführung mit dem Generallstreik entgegentreten zu wollen.

Dr. R.

Litauische Politik im Memelgebiet

Seit dem Abschluß des deutsch-litauischen Wirtschaftsvertrages von 1936, der nach außen hin eine gewisse Beruhigung des Verhältnisses zwischen dem Reich und seinem nordöstlichen Nachbarland zur Folge gehabt hat, haben sich die Methoden der litauischen Politik im Memelgebiet in mehrfacher Hinsicht gewandelt. Der Druck, den die litauischen Faktoren auf das Memeldeutschtum ausüben, ist vom politischen auf das wirtschaftliche und kulturelle Gebiet verlegt worden. Hat Litauen vorher geglaubt, durch direkte Angriffe auf die Organe der memelländischen Autonomie, also besonders durch die statutwidrige Einsetzung litauischer Direktorien und durch die gewaltsame Ausschaltung der deutschen Landtagsmehrheit, den Widerstandswillen der deutschen Bevölkerung brechen zu können, so ist seit zwei Jahren dazu übergegangen, unter Verzicht auf derartige plumpe und weithin sichtbare Statutverletzungen, durch eine vielseitige Kleinarbeit die wirtschaftlichen und kulturellen Lebensgrundlagen des Memeldeutschtums zu untergraben, um damit letzten Endes unauffälliger, aber um so wirksamer die Autonomie des Gebietes zu unterhöhlen.

Wirtschaftlicher Druck

Die fortschreitende Zentralisierung des Wirtschaftslebens in staatlicher Hand, der sich im östlichen Mitteleuropa allenthalben durchsetzenden Staatskapitalismus, bieten den litauischen Faktoren vielfache Gelegenheit, auf die Landwirte, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmer und Kaufleute des Memelgebietes einen wirtschaftlichen und damit auch politischen Druck auszuüben. Als wichtigstes Beispiel ist hier die Monopolisierung des landwirtschaftlichen Exports in staatlich geleiteten bzw. kontrollierten Institutionen, der Schlachthausgesellschaft „Maitas“, der Milchverwertungsgenossenschaft „Pienocentras“ und dem landwirtschaftlichen Genossen-

schaftsverband „Litafis“, zu nennen. Die Hartnäckigkeit, mit der sich Litauen seiner Zeit bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland gegen die Festsetzung bestimmter Anteile der memelländischen Landwirtschaft an der Ausfuhr nach Deutschland gewehrt hat, wirft auf die politische Ausrichtung dieser Institutionen ein beachtenswertes Licht. Ein anderes Beispiel bietet die Erteilung der Lizenzen für die Einfuhr deutscher Waren, an der die memelländische Kaufmannschaft naturgemäß besonders interessiert ist. Hier ist es schon bezeichnend, daß die Lizenzen an memelländische Importfirmen nicht, wie in Großlitauen, vom Wirtschaftsministerium, sondern vom Gouverneur des Memelgebietes, also von einer politischen Stelle, erteilt werden. Dabei ist es dann in der Regel so, daß die memelländischen Firmen nur gegen gewisse politische Konzessionen die von ihnen beantragten Lizenzen erhalten; sie haben z. B. ihre Namensschilder oder Warensbezeichnungen in den Kaufläden in litauischer Sprache anzubringen oder litauisches Personal einzustellen usw. Ebenso werden von den memelländischen Betrieben, die, wie z. B. das Baugewerbe oder die Schneidemühlen, mehr oder weniger von öffentlichen Aufträgen oder von der Rohstoffzuteilung durch den Staat abhängig sind, bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der nationalen Zusammensetzung ihrer Belegschaft gefordert. Es kommt hinzu, daß unter Förderung durch die litauischen Behörden im Memelgebiet neue litauische Wirtschaftsbetriebe bzw. Filialen großlitauischer Unternehmen entstehen, die naturgemäß nur litauische Arbeitskräfte verwenden und, wie die Filialen der litauischen Genossenschaften, dem memelländischen Einzelhandel wachsenden Schaden zufügen. Auch die sich auf dem Gebiete des Kreditwesens ergebenden Angriffsmöglichkeiten werden von litauischer Seite gegen das Memeldeutschtum gerichtet. Litauische Banken sind unter Aufwand erheblicher Mittel bemüht, vor allem den memelländischen Grundbesitz in wirtschaftliche Abhängigkeit von sich zu bringen. Es hätte im Interesse einer wirtschaftlichen Befundung des ganzen Gebietes gelegen, die memelländische Landwirtschaft, die lange Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen gelebt hat, zu entschulden und vor der drohenden Zwangsversteigerungswelle zu schützen. Der litauische Gouverneur aber hat durch sein Veto das vom Landtag im Interesse der memelländischen Landwirtschaft angenommene Gesetz verhindert. Die Folgen kann man aus den regelmäßig veröffentlichten langen Listen der zur Zwangsversteigerung gelangenden Grundstücke ablesen. Bei den unter den Hammer kommenden Grundstücken handelt es sich in der Regel um deutschen Besitz. Und andererseits sind es bei den Zwangsversteigerungen zumeist Litauer, die dank der ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Hilfe als Käufer auftreten.

Nationale Ueberfremdung

Bedeutende Fortschritte hat bereits der großlitauische Zuzug ins Memelgebiet, besonders in die Stadt Memel gemacht. Er wird von den litauischen Behörden systematisch gefördert. Hat es sich bei diesen Maßnahmen in früheren Jahren in erster Linie um eine künstliche Vermehrung der litauischen Stimmen bei den Wahlen zum memelländischen Landtag gehandelt, so steht jetzt die auf längere Sicht verfolgte Absicht einer planmäßigen nationalen Durchsetzung und Ueberfremdung des deutschen Gebietes im Vordergrund. Den litauischen Behörden kommt dabei der soziale Tiefstand der Einwanderer zu Hilfe, die den an einen hohen Lebensstandard gewöhnten memelländischen Arbeiter unterbieten. Für die Arbeitgeber, die ohnehin Mühe haben, sich wirtschaftlich zu behaupten, liegt naturgemäß, auch wenn sie nicht durch direkte litauische Zwangsmaßnahmen dazu angehalten werden, die Verführung sehr nahe, die einheimischen durch die billigeren fremden Arbeitskräfte zu ersetzen. So ist festzustellen, daß die Zahl der großlitauischen Landarbeiter in der memelländischen Landwirtschaft zunimmt. Das Wesentliche bei der Zuwanderungsfrage ist, daß der großlitauische Zuzug in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf steht, daß er also zu einer Ueberbesetzung des memelländischen Arbeitsmarktes führt, damit notwendigerweise eine Entwertung des sozialen Niveaus, eine übermäßige Belastung des Sozialhaushaltes und eine finanzielle Ueberbeanspruchung der Sozialeinrichtungen zur Folge hat. Es ist wiederum kennzeichnend für die Tendenz der litauischen Memelpolitik, daß der Gouverneur alle von den autonomen Organen des Memelgebietes unternommenen Versuche, den wirtschaftlich ungerechtfertigten und sozial schädlichen Zuzug aus Großlitauen auf ein erträgliches Maß einzuschränken, verhindert. So vollzieht sich eine langsam, aber stetig fortschreitende wirtschaftliche und damit letzten Endes auch nationale Ueberfremdung des

Memelgebietes. Sie scheint sich, vom schlecht unterrichteten Ausland aus gesehen, in durchaus legaler Weise und ohne Verletzung des Statuts zu vollziehen. Tatsächlich aber stellt die Ueberfremdung, die ja im wesentlichen nur infolge der Anwendung des Vetorechtes durch den Gouverneur gegen die vom memelländischen Landtag beschlossenen Gesetze zum Schutze der memelländischen Wirtschaft durchgeführt werden kann, eine Kette illegaler und statutwidriger Maßnahmen dar. Es genügt, zu erwähnen, daß der Gouverneur innerhalb eines einzigen Jahres 20 vom Memellandtag beschlossene Gesetze durch sein Veto zu Fall gebracht hat, ohne sich in der Mehrzahl der Fälle an die für die Betätigung im Statut vorgeschriebenen Bestimmungen zu halten.

Litauische „Kulturarbeit“

Wie auf wirtschaftlichem so werden seit der „Befriedung“ der deutsch-litauischen Beziehungen auch auf kulturellem Gebiete die Litauisierungsbestrebungen mit verstärktem Nachdruck vorwärtsgetrieben. Im memelländischen Schulwesen hat durch das Direktorium Baldschus zwar im großen Ganzen der statutgemäße Zustand wiederhergestellt werden können. Zu gleicher Zeit aber hat sich neben dem öffentlichen Schulwesen, dessen Rechtsgrundlage das Statut bildet, in den letzten Jahren ein recht umfangreiches privates litauisches Schulwesen im Memelgebiet entwickelt; im Jahre 1936 sind 20 und in diesem Jahre bereits 27 litauische Privatschulen, die von über 1 600 memelländischen Kindern besucht werden, entstanden. Für diese Schulen wird von litauischer Seite mit den in allen osteuropäischen Staaten üblichen Methoden der wirtschaftlichen Nötigung und Lockung geworben. Es kommen hinzu die litauischen Gymnasien, deren wichtigstes das Vytautas-Gymnasium in Memel mit etwa 200 Schülern ist, sowie das Pädagogische Institut und die Handelshochschule in Memel, die im vergangenen Jahre etwa 300 Hörer aufweisen konnten. Diese Hochschulen, so hat es am 28. August d. J. im „Lietuvos Aidai“ geheißen, betreiben neben ihrer Lehrstätigkeit auch eine Kulturarbeit, die in breitere Volkskreise einzudringen versucht; sie haben „verhältnismäßig gute Büchereien“ und führen im ganzen Lande „Kulturabende“ durch. Auch die litauische Musikschule in Memel versucht sich auf dem Gebiete der litauischen Kulturpropaganda. Daselbe gilt vom litauischen Theater in Memel, vom litauischen Orchester und von den Gesangsvereinen und Chören, deren Zahl im Memelgebiet der „Lietuvos Aidai“ mit 16 verzeichnet. Nun sind freilich all diese Einrichtungen für die deutsche Haltung der alteingesessenen Memelländer keine unmittelbare Gefahr, wie z. B. der ständige Mißerfolg des litauischen Theaters beweist. Man muß aber bedenken, daß sich die alten deutschen Einrichtungen dieser Art im Memelgebiet nicht mit derselben Freiheit und Großzügigkeit betreiben können, wie es den neu geschaffenen litauischen Institutionen erlaubt ist. Während sich das litauische Vereins- und Organisationswesen unter dem Schutz und der Förderung des litauischen Staates ungehindert entfaltet, lastet auf den deutschen Einrichtungen seit mehr als zehn Jahren lähmend und vernichtend der Kriegszustand. Das gilt in noch höherem Maße für das Vereins- und Organisationswesen und auch auf dem Gebiete der Presse. Während die litauische Presse ungehindert gegen das Memeldeutschtum agitieren darf, ist das einzige deutsche Blatt, das dem Kriegszustand noch nicht zum Opfer gefallen ist, das „Memeler Dampfboot“, praktisch außerstande, die nationalen Interessen des Deutschtums zu wahren. Es ist praktisch nicht in der Lage, über das, was politisch im Memelgebiet geschieht, zu berichten. Es ist sogar gezwungen, die oft gegen das Memeldeutschtum und gegen das Deutsche Reich gerichteten Äußerungen der Litauischen Telegraphenagentur als Zwangsaufgabe abzu drucken. Bei dem geringsten Versuch einer Kritik an litauische Maßnahmen oder an den üblichen Verleumdungen des Memeldeutschtums durch die litauischen Zeitungen und Organisationen läuft es Gefahr, „wegen Verächtlichmachung des litauischen Volkes und Staates“ zur Rechenschaft gezogen zu werden. Was für die deutsche Zeitung gilt, gilt auch für jeden einzelnen Deutschen des Memelgebietes. Die endlose Kette der vom Kriegskommandanten verhängten Etüfen spricht hier eine bededte Sprache.

Eine Landtagrede

Das einzige Forum, vor dem das Memeldeutschtum seine Klagen noch vorbringen kann, ist der Memellandtag. Doch sorgt der litauische Kriegskommandant dafür, daß von dem, was dort von den deutschen Abgeordneten gesagt wird, nach Möglichkeit nichts in die

Presse gelangt. So hat man in der Presse auch nichts von den Reden der Abgeordneten der Einheitsliste gelesen, die sich in der Landtagssitzung vom 24. September mit der Frage der litauischen Enteignungsaktion in Memel befaßt haben. In dieser Sitzung hat der Abgeordnete Hermann Sührau, mehrmals von minutenlangen Beifallsstundgebungen unterbrochen, das litauische Herrschaftssystem im Memelgebiet in eindeutigen Worten charakterisiert. Aus dieser Rede sollen einige Stellen wiedergegeben werden: „Es ist Ihnen allen bekannt, wie wir Memelländer hier im Gebiet unterdrückt werden. Wir halten viel aus, sind friedliebend und nicht gewohnt, uns mit anderen Nationalitäten zu streiten. Der Kriegszustand jedoch herrscht hier schon seit zehn Jahren. Der Völkerbund spricht großartig von Frieden. Wir aber haben hier jeden Tag mit dem Kriege zu tun. Dieser Krieg wird uns immer wieder von litauischer Seite aufgewungen. Man hat versucht, mit Gewalt vorzugehen, hat Direktorien abgesetzt, hat diktatorische Direktorien eingesetzt, hat die Autonomie hintergangen und sich Vorteile durch die ungesetzlichen Direktorien verschafft, so daß wir noch heute daran knacken müssen. Man will heute die Autonomie gänzlich beseitigen. Man will Grund und Boden von Bürgern enteignen, obwohl wir das Statut haben, das das Eigentumsrecht sichert. Wenn wir die Materie betrachten, so müssen wir, so bitter es ist, feststellen, daß wir gewaltfam aus dem Memelland verdrängt werden. Man will nicht gerade sagen: ihr habt hier nichts zu suchen, nein, man versucht, auf indirektem Wege uns hinauszutreiben. . . Das Memelland darf nicht sagen, was es meint. Wenn wir ein wahres Wort sagen, kommen wir dahin, wohin uns die Litauer haben wollen. Wir sind nicht in der Lage, uns öffentlich zu verteidigen. Wenn wir Klage erheben wollten, dann würden wir des Hochverrates beschuldigt. Man darf sich nicht beklagen, darf nicht schreiben, was tatsächlich geschieht. . . Man heßt gegen das Direktorium, heßt die Bevölkerung gegeneinander auf, sät Zwietracht und Unruhe. Es ist unerhört, daß das gerade gegenüber dem friedliebenden Memelländer geschieht. Jedes Volk erfährt Gerechtigkeit, der Memelländer jedoch wird unterdrückt. Dagegen müssen wir uns wehren bis zum Äußersten! Wir freuen uns heute, daß das Direktorium in dieser Weise zur Enteignungsfrage Stellung genommen hat, und wir erwarten auch vom Präsidium des Landtages und den anderen Behörden, die die Verantwortung haben, daß alles getan wird, um die Autonomie zu verteidigen. Das ist unser Recht und unsere Pflicht. Wir werden von Mund zu Mund die Angelegenheit so heraustragen, wie sie geschieht, und es werden sich doch noch Leute finden, die da sagen: Ihr armen Memelländer müßt aus der Dual befreit werden! Das Statut muß eingehalten werden. . .“

Das Ende der Opposition in Danzig

Die Freie Stadt Danzig hat eine bedeutsame Etappe ihrer innerpolitischen Entwicklung vollendet. Der Kampf der NSDAP um die Bildung einer geschlossenen Front des Danziger Deutschtums hat mit der Auflösung der letzten bisher noch bestehenden Oppositionspartei einen gewissen Abschluß erreicht. Am 21. Oktober ist die Zentrumsparlei einschließlich ihrer Nebenorganisationen durch Verfügung des Danziger Polizeipräsidenten mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden, nachdem festgestellt worden war, daß ein Mitglied des Parteivorstandes sich wiederholt schwerster Verstöße gegen § 129 a des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hat, indem er ausländische Kreise für ein Vorgehen gegen die Freie Stadt Danzig zu gewinnen, die Senf der Völkerbundsstellen gegen den Danziger Senat aufzupumpfen und mit staatsfeindlichen Elementen, die sich ins Ausland geflüchtet hatten, gegen die geltende Rechtsordnung zu konspirieren versucht hat. Es kennzeichnet die schwache Position der Reste der innerpolitischen Opposition in der Freien Stadt Danzig, daß die Mitteilung von der Auflösung der Zentrumsparlei von der gesamten Bevölkerung ohne Erregung hingenommen worden ist und daß der Vorstand der Partei darauf verzichtet hat, für den Fortbestand der Partei noch irgendetwas zu unternehmen und die formalen Möglichkeiten der Rechtsmittel in Anspruch zu nehmen. Die Auflösung ist zwar durch Verfügung des Polizeipräsidenten, aber auf Grund mehrtägiger Verhand-

lungen zwischen dem Gauleiter Forster und den nicht unmittelbar belasteten Mitgliedern des Parteivorstandes, also im gegenseitigen Eidernehmen erfolgt. Auf diese Weise ist es gelungen, das erstrebte Ziel ohne persönliche Schärfe und Verbitterung zu erreichen. Die NSDAP ist heute die einzige im Gebiet der Freien Stadt Danzig bestehende deutsche Partei. Als politische Sondergruppe existiert nur noch der polnische Volkspplitter, den zwei Abgeordnete im Danziger Volkstag vertreten.

Mit der Auflösung der Zentrumsparlei, an der sich nun auch das Schicksal der Kommunistischen, der Sozialdemokratischen und der Deutschnationalen Partei erfüllt hat, ist ein Zustand Wirklichkeit geworden, den vor zwei Jahren wohl kaum einer von denen für möglich und wahrscheinlich gehalten hat, die sich s. Z. der Hoffnung hingaben, mit Hilfe der oppositionellen Parteien nicht nur die Herrschaft des Nationalsozialismus in der Freien Stadt Danzig aus den Angeln heben, sondern auch auf Danziger Boden ein auf die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches weiterwirkendes Exempel statuieren zu können. Die Zeit ist vorbei, in der es noch möglich war, daß marxistische und andere Parteifunktionäre, die den Weg zu der großen einigenden Bewegung des Nationalsozialismus nicht zu finden vermochten, sich nach Genf begaben, um die Vertreter der dort versammelten deutschfeindlichen Mächte gegen die eigene Regierung zu mobilisieren. Die Zeit ist vorbei, in der die ungezügelt gewordene Verfassungskonstruktion der Freien Stadt Danzig von landfremden und volksfremden Faktoren gegen die deutsche Führung dieses Staates ausgenutzt werden konnte. Es gab während der letzten Jahre in diesem Kampf zwischen der Wirklichkeit des Lebens und der Starrheit des Paragraphen oft von gefährlicher Spannung erfüllte Momente. Es gab heftige Zusammenstöße in Genf und außenpolitische Konflikte, die die Eigengefahrlichkeit des deutschen Lebens in Danzig bedrohten. Aber das Gesetz des völkischen Werdens und Zusammengehörens erwies sich stärker als der Zwang einer garantierten Verfassung.

Es ist denkbar, daß diese Entwicklung für manche Kreise in Polen, die geglaubt haben, mit den Oppositionsparteien ihr politisches Spiel gegen die Danziger Regierung treiben zu können, nicht eben angenehm ist. Als oppositionelle Gruppe ist in Danzig jetzt nur noch der polnische Volkspplitter vorhanden. Dessen Lager hat sich durch die Ausschaltung der alten deutschen Parteien in keiner Weise geändert, — sofern man nicht an den Nutzen denkt, den er aus dem Streit im deutschen Lager gelegentlich zu ziehen vermochte. Was Genf und Polen anlangt, so hat der Völkereundschaftskommissar der Danziger Regierung seine Befriedigung über die gütliche Vereinigung der innerpolitischen Lage zum Ausdruck gebracht und hat der Senatpräsident die diplomatische Vertretung Polens von der vollzogenen Entwicklung in Kenntnis gesetzt, wobei er, um zu Mißdeutungen keinen Anlaß zu geben, ausdrücklich hinzugefügt hat, daß das geschehe, obwohl keinerlei Veranlassung dazu bestände.

Der polnische Genius

Im Jahre 1927 schuf der polnische Maler L. Drzewski ein Delgemälde, das später vom „Salon Malaryj Polski“ („Salon polnischer Maler“) in Krakau in Postkartenform unter dem Titel „Ulanenangriff unter Rittmeister Monowicz bei Rokitno am 13. Juni 1915“ herausgegeben wurde. Es ist eines jener Schlachtenbilder, die sich in die Phantasie der Massen einprägen und auf deren geschichtliches Denken mitunter einen folgnerenden Einfluß auszuüben vermögen. Mit diesem Bild Drzewskis aber hat es nun eine sonderbare Bewandnis. Da gab es nämlich einmal einen Maler, der Becker hieß; und es war im Jahre 1909, als dieser deutsche Maler ein Schlachtenbild malte, das eine Szene aus der Völkerschlacht bei Leipzig, den Angriff preussischer Dragoner bei Bachau, darstellt. Noch im gleichen Jahre erschien eine Reproduktion dieses Bildes in der „Jugend“. Und nun kommt das Sonderbare: Vergleicht man die beiden Bilder, das von Becker aus dem Jahre 1909 und das von Drzewski aus dem Jahre 1927, so fällt einem sofort eine geradezu lächerliche Ähnlichkeit auf: Jedes Pferd auf dem einen Bild springt genau so wie das entsprechende Pferd auf

dem anderen; die Soldaten auf dem einen Bild schwingen mit genau derselben Bewegung den Säbel wie auf dem anderen; und der Trompeter auf dem einen Bild stößt genau so, halb rückwärts gewandt, ins Horn wie auf dem anderen. Alles paßt haargenau aufeinander. Es läßt sich nicht leugnen: Drzelski wurde im Jahre 1927 ganz offensichtlich von genau derselben Muse auf genau dieselbe Stelle geküßt wie Becker 18 Jahre zuvor. Nur in einigen ganz kleinen, aber sehr wichtigen Dingen sind Unterschiede vorhanden. Drzelski setzte den Reitern nicht die hohen Mützen der preussischen Dragoner von 1813, sondern die etwa gleich hohen, aber vierkantigen Mützen der polnischen Ulanen auf und an den Uniformen vertauschte er die preussischen Kragen und Abzeichen mit den entsprechenden polnischen Merkmalen. Schließlich setzte er statt des „überholten“ Uebebervermerkes „Becker ping 1909“ sein eigenes Zeichen „L. Drzelski ping 1927“ darunter. Das Ganze wurde dann unter dem Titel „polnische Kunst“ von dem genannten Krakauer Salon publiziert. Es ist das Verdienst des in Lemberg erscheinenden „R o m a r“, einer ukrainischen politisch-satirischen Zeitschrift, den polnischen Genius, der sich in dem Gemälde Drzelskis manifestiert hat, in das Licht der lachenden Öffentlichkeit gezogen zu haben.

Einen ähnlichen Seitensprung wie mit dem Pinsel Drzelskis hat sich der polnische Genius mit der Feder des Vorstehenden der Polnischen Literaturakademie, des bekannten Schriftstellers und Senators W a c l a w S i e r o s z e w s k i, geleistet. Von diesem ist vor längerer Zeit eine Sammlung „polnischer Märchen“ erschienen. Der Verfasser hat wohl nicht damit gerechnet, daß nicht nur dankbar-gläubige Kinder, sondern hin und wieder auch einmal einige kritisch veranlagte, erwachsene Menschen dieses Bändchen zur Hand nehmen werden. Das aber ist sehr zum Leidwesen Sieroszewskis geschehen. Zunächst haben sich diese Leser ein wenig gewundert: Nanu, diese Märchen haben wir doch schon irgendwo einmal gehört? Und dann haben sie sich ganz unten aus ihrem Bücherschrank, wo sie pietätvoll die Bücher aus ihrer eigenen Kinderzeit aufbewahrt haben, einen Band der G r i m m s c h e n M ä r c h e n gelangt und haben angefangen, die Märchen des Präsidenten der Polnischen Literaturakademie mit denen der Brüder Jakob und Wilhelm Grimm zu vergleichen. Und da haben sie denn die erstaunliche Tatsache festgestellt müssen, daß sich der Inhalt der beiden Bände teilweise wortwörtlich deckt! Noch ein wenig verwirrt haben sich die kritischen Märchenleser darauf an Sieroszewski um eine Erklärung dieses literarischen Wunders gewandt, und siehe da, dieser ist um eine Erklärung gar nicht verlegen gewesen: „Wieso Grimm? Den Mann kenne ich nicht! Die Märchen hat mir vor 75 Jahren meine Amme in W u l k a K o z l o w s k a e r z ä h l t, und ich habe sie genau so, wie ich sie im Gedächtnis hatte, niedergeschrieben.“ Die Frage, ob dieselbe Amme auch den Brüdern Grimm dieselben Märchen erzählt hat, hat Sieroszewski nicht beantworten wollen. Nun ist der Präsident der Literaturakademie nicht nur ein in Polen allenthalben bekannter und angesehener Mann, sondern auch ein Politiker, der erst vor gar nicht so langer Zeit im Warschauer Senat eine Rede gehalten hat, die wegen ihrer kaum zu überbietenden Deutschfeindlichkeit selbst von der in dieser Hinsicht sehr weitherzigen polnischen Presse nicht veröffentlicht wurde. Diese beiden Dinge, der Märchenband und die Senatsrede, scheinen die Haltung gewisser polnischer Kreise trefflich zu charakterisieren: Man beschimpft zwar die Deutschen, aber man schmückt sich gern mit ihren Federn.

Estland geht eigene Wege

„In letzter Zeit, das ist kein Geheimnis, gab es unerfreuliche Schürfen zwischen Lettland und Estland, insbesondere zwischen der Presse beider Staaten. In Wirklichkeit bestanden diese Meinungsverschiedenheiten bloß in der übermäßig scharfen Polemik der Presse“. Mit diesen Worten hat der aus Riga scheidende estländische Befandte R. M e n n i n g die zwischen den beiden baltischen Staaten in den letzten Monaten aufgebrochenen Gegenfälle als einen bloßen „Papierkrieg“ zu bagatelisieren versucht. Demgegenüber erscheint es jedoch angebracht, sich daran zu erinnern, daß die Presse in Lettland sowohl wie in Estland weitgehend von der Regierung abhängig ist, daß ihre Äußerungen also zum mindesten nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch zur offiziellen Auffassung stehen. Tatsächlich sind durch diesen „Papierkrieg“ nicht nur gelegentliche Verstimmungen, sondern tatsächliche Schwächen der „baltischen Entente“ aufgedeckt worden.

Der Konflikt hat mit der Erörterung volks- und kulturpolitischer Fragen begonnen. Die Rigaeer Regierung hat den estnischen Volkstumforscher Voorits, der in einer Schrift die Unterdrückung des noch etwa 1000 Seelen zählenden, am Kap Domeznäs siedelnden livischen Völkchens behandelt hatte, als lästigen Ausländer aus dem lettlandischen Staatsgebiet ausgewiesen. Die estnische Presse hat gegen Lettland den Vorwurf der kulturellen Unterdrückung der in seinen Grenzen lebenden Esten erhoben. In Lettland, so hat es geheißen, werde die Verbreitung estnischer Zeitungen verhindert und die Unterhaltung des estnischen Schulwesens erschwert. Auch auf dem Gebiete des Immobilienerwerbs und der wirtschaftlichen Betätigung würden den in Lettland lebenden Esten Schwierigkeiten bereitet. Damit hat es angefangen. Dann aber ist die Auseinandersetzung auf das Gebiet der Außenpolitik übergesprungen. Und hier ist es Lettland, das sich beschwert. Es erhebt gegen seinen nördlichen Nachbarn den Vorwurf „baltifigaler Tendenzen“.

Dieser Vorwurf bezieht sich vor allem auf den kürzlich abgeschlossenen estländisch-finnländischen Handelsvertrag. Tatsache ist folgendes: Estland hat bei diesem Handelsvertrag auf die Einfügung der „baltischen Klausel“ verzichtet; diese Klausel besagt, daß dritte Staaten nicht an den besonderen Vergünstigungen, die sich die drei Randstaaten untereinander gewähren, teilhaben sollen. Durch den neuen Handelsvertrag gelangt nun auch Finnland in den Genuß der Vergünstigungen, die Estland bisher nur Lettland und Litauen vorbehalten hatte. Da aber nun Estland den gegenwärtig geltenden Handelsvertrag mit Lettland gekündigt hat, wird Finnland vorerst nur bis zum Mai 1938 die dem südlichen Nachbarn Estlands gewährten Vorteile genießen. Die Versuche Estlands, den Warenaustausch mit Lettland in einem neuen Handelsvertrag zu regeln, sind bisher an dessen offensichtlicher Uninteressehaftigkeit gescheitert; Lettland hat die estländischen Handelsvertragsdelegierten nach monatelangem Warten ununterrichteter Dinge abreisen lassen.

Zu dieser Angelegenheit ist folgendes zu bemerken: Estland ist als Handelspartner an Finnland stärker als an Lettland interessiert. Der estländisch-finnländische Warenaustausch ist seit 1933 gestiegen, der estländisch-lettländische dagegen gefallen. Finnland hat im Jahre 1936 mit 8,6 v. H. der Gesamteinfuhr und 6,8 v. H. der Gesamtausfuhr Estlands an sechster bzw. an dritter Stelle unter den Handelspartnern Estlands gestanden. Auf Lettland dagegen sind nur 2,8 v. H. der Gesamteinfuhr und sogar nur 1,2 v. H. der Gesamtausfuhr Estlands entfallen. Lettland hat damit an siebenter bzw. elfter Stelle unter den Handelspartnern dieses Landes gestanden. Daß Estland die günstige Entwicklung seines Handels mit Finnland nicht aufs Spiel setzen will, ist zu verstehen. Uebrigens hat die estländische Presse den scharfen lettischen Angriffen gegenüber betont, daß Estland nicht beabsichtigt, die Lettland oder Litauen vorbehaltenen Vergünstigungen jedem anderen Staate zu gewähren, — Finnland ausgenommen. Es handelt sich demnach offenbar nicht um eine Preisgabe, sondern um eine räumliche Erweiterung der „baltischen Klausel“.

Dieser wirtschaftspolitischen Wendung Estlands liegen, wie es scheint, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch außenpolitische Momente zugrunde. Reval verrät seit einiger Zeit das Bestreben, einen gewissen Abstand von Lettland zu wahren, ohne freilich den Gedanken der baltischen Zusammenarbeit im Sinne des Rigaeer Paktes von 1934 grundsätzlich zu verneinen. Die immer stärker hervortretenden bolschewistischen Tendenzen der lettlandischen Innenpolitik müssen in dem von einem klaren und gesünder denkenden Volkstum getragenen estländischen Staat Anstoß erregen; und die sozietfreundlichen Veränderungen der lettlandischen Außenpolitik müssen es Estland ratsam erscheinen lassen, anderwärts Anschluß zu suchen. Bezeichnend ist ein Artikel, den kürzlich die Revaler Studentenzeitung „Academia“ veröffentlicht hat: Von der Geschäftigkeit, die die lettlandischen Delegierten in Genf formell im Namen der drei Randstaaten entwickeln, habe Estland keinen praktischen Nutzen. Ob das baltische Bündnis die Sicherheit Estlands zu erhöhen vermöge, könne bei der Verschiedenartigkeit ihrer außenpolitischen Interessen, Gegenstände und Freundschaften zum mindesten zweifelhaft sein. Es sei für Estland gefährlich, von einer gleichen geographischen Lage mit Lettland und Litauen zu sprechen. Durch sein wahres außenpolitisches Interesse werde es nach Norden, d. h. nach Finnland, verwiesen. Diese Abfolge an die „krampfhaft baltische Ideologie“ charakterisiert die gegenwärtige politische Stimmung in Estland. Das Bestreben, mit Finnland und über dieses mit den nördlichen Staaten in engere Fühlung zu kommen, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern

auch auf politischem und kulturellem Gebiet, läßt sich auch in der offiziellen Politik dieses Landes bemerken. Daß das den Letzten nicht angenehm ist, kann man verstehen. Es läßt sich nicht abstreiten, daß die estländisch-lettländische Pressefehde der letzten Zeit etwas mehr als einen bloßen „Papierkrieg“ bedeutet.

Deutsches Schicksal in Polen

Seit dem Besetz vom 16. Juli d. J. steht die Unierte Evangelische Kirche Ostoberschlesiens unter der Diktatur des Wojewoden Grazynski. Die polnischen Stellen haben den rechtmäßigen Vertretungen der Kirche, im Gegensatz zu der klaren und unmissverständlichen Bestimmung der polnischen Verfassung, damals keine Gelegenheit gegeben, sich vorher zu dem Besetze zu äußern. In dreifacher Form haben diese Körperschaften nachträglich gegen das ihnen aufgezwungene Besetz protestiert. Die Gemeindeführer und Gemeindevorstellungen sämtlicher 19 evangelischen Kirchengemeinden Ostoberschlesiens haben in gleichlautenden Entschlüssen gegen die Vergewaltigung der kirchlichen Freiheit durch den Staat und die Unterordnung der evangelischen Kirche unter eine katholische Diktatur Einspruch erhoben. Von insgesamt 406 abstimmen Mitglieder der kirchlichen Körperschaften haben 386 für diese Entschlüsse und nur 19 dagegen gestimmt. Am 28. Juli hat auch die Synode der Unierten Evangelischen Kirche in ablehnendem Sinne zu dem Besetz Stellung genommen. Und in deren Auftrag hat Kirchenpräsident D. Voss als der geistliche Leiter der Unierten Evangelischen Kirche in einem Schreiben vom 31. Juli den Wojewoden Grazynski wissen lassen, daß er an der Legalität der vor dem Inkrafttreten des Besetzes vom 16. Juli bestehenden kirchlichen Organisation festhalten müsse und daß er das Besetz, da es der evangelischen Lehre widerspricht, aus Gründen des Gewissens nicht ausführen könne. Aber keine polnische Stelle, auch nicht der Staatspräsident, der, wie es heißt, über diese kirchenpolitische Maßnahmen vorher unterrichtet war, hat sich um diese Willensbekundungen der Kirchenmitglieder und Kirchenkörperschaften gekümmert; und keine Stelle hat es für notwendig gehalten, sich zu dem Vorwurf der Verletzung der sonst so gepriesenen Verfassung zu äußern. Im Gegenteil: Bereits am 23. Juli hat der Wojewode Grazynski von den ihm durch das Besetz erteilten Vollmachten Gebrauch gemacht und vier neue Mitglieder des Vorläufigen Kirchenrates, natürlich ausschließlich Polen, ernannt. Zugleich haben zwei deutsche Mitglieder des Vorläufigen Kirchenrates, da sie deutscher Staatsangehörigkeit sind, auf Grund des Besetzes ausscheiden müssen. Auf diese Weise haben die Polen, die in der Unierten Evangelischen Kirche kaum 5 v. H. der Gemeindeglieder stellen, mit vier von sieben Stimmen im Kirchenrat die Mehrheit erhalten. Am 16. August haben dann drei der evangelischen Geistlichen, die nicht polnischer Staatsangehörigkeit sind, unter dem Zwang des Besetzes vom 16. Juli Polen verlassen. Die vom Kirchenpräsidenten D. Voss unternommenen Versuche, im Verhandlungswege eine verfassungsmäßige und dem Willen des Kirchenvolkes entsprechende Ordnung zu schaffen, sind weder vom Wojewoden Grazynski noch vom Ministerpräsidenten noch von sonst irgendeiner polnischen Stelle berücksichtigt worden. Vielmehr hat der Wojewode am 26. Oktober zu einem neuen Schlag ausgeholt. Er hat den polnischen Rechtsanwalt Dr. Michajda zum Kirchenpräsidenten ernannt und D. Voss seines Postens enthoben, so daß der Vorläufige Kirchenrat nunmehr aus 5 Polen und 2 Deutschen besteht, wobei noch hinzugefügt werden muß, daß die beiden deutschen Mitglieder als Protest gegen die Vergewaltigung der kirchlichen Freiheit eine Mitarbeit im Kirchenrate abgelehnt haben.

Am 20. Oktober wurden nach einer polizeilichen Durchsuchung der Redaktionssäle der „Kattowitzer Zeitung“ der Verlagsdirektor Dr. Horst Kriedtke, der Hauptschriftleiter Heinz Weber, der Schriftleiter Heinz Koska und ein leitender Angestellter des Verlages verhaftet. Gleichzeitig wurden die als Sonderdruck der „Kattowitzer Zeitung“ erscheinenden „Beiträge zur Lage des Deutschtums in Polen“

beschlagnahmte. Die „Polska Zachodnia“, das Hefblatt des Wojewoden Grajnski, benützte die Gelegenheit, um gegen die Verhafteten den Vorwurf des „Hochverrats“, der „verschwörerischen Lätigkeit“ und der „Verbreitung einer illegalen Monatshefte“ zu erheben, und von den Behörden die „rücksichtslose und sofortige Liquidierung dieses umstürzlerischen deutschen Verschwörernetzes, das nach dem Muster der NSDAP eine antistaatliche Maulwurfsarbeit betrieben hat“, zu verlangen. Das Blatt überschüttete die verhafteten Deutschen mit einer förmlichen Flut des ihm so reichlich zur Verfügung stehenden journalistischen Urtrats. Die ruhige und sachliche Berichterstattung der „Kattowitzer Zeitung“ über die Unterdrückung des Deutschtums in Polen bezeichnete das Blatt als „eine schmutzige, verleumdende und provokatorische antipolnische Propaganda“. „Wir sind der Ansicht“, hieß es in einem Artikel, „daß, unabhängig von den Verhaftungen, die Druckerei, in der man illegale und antistaatliche Druckschriften hergestellt hat, unverzüglich versiegelt und geschlossen werden muß. Die polnische Öffentlichkeit verlangt die Bestrafung der Schuldigen, welche die Majestät (!) der Republik untergraben und sich des Hochverrats (!) schuldig gemacht haben.“ An der Hege gegen die „Kattowitzer Zeitung“ beteiligte sich bezeichnenderweise auch die „Gazeta Polska“, das offiziöse Organ der polnischen Regierung. Der Anlaß zu dem ganzen Lärm bot die Tatsache, daß in den „Beiträgen zur Lage des Deutschtums in Polen“ infolge eines Versehens, das sich aus den technischen Gegebenheiten eines Zeitungsbetriebes erklärt, auch Artikel erschienen, die vorher in der „Kattowitzer Zeitung“ beschlaggenommen worden waren.

*

Nachdem es vor kurzem bereits der Betriebsrat der Friedenshütte abgelehnt hatte, sich für eine Gruppe deutscher Arbeiter einzusetzen, die ihrer Volkszugehörigkeit wegen entlassen worden waren, haben nunmehr auch die Betriebsräte der Bismarckhütte und der Gieschegrube 16 bzw. 7 entlassenen deutschen Arbeitern ihre Unterstützung versagt. Die Betriebsräte haben zwar den Einspruch der deutschen Arbeiter gegen die Kündigung entgegengenommen, aber mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Interessen der Bekündigten weder gegenüber den Werkverwaltungen noch vor dem Schlichtungsausschuß zu wahren. Auch der Demobilisierungskommissar hat für die deutschen Arbeiter nichts unternommen; er hat sich für unzulänglich erklärt mit der Begründung, daß keine Verminderung der Belegschaft eingetreten ist, da die entlassenen Deutschen bereits durch polnische Arbeitskräfte ersetzt worden sind. Das bedeutet, daß die deutschen Arbeiter in Ostoberschlesien infolge des unkameradschaftlichen und unsozialen Verhaltens der polnischen Betriebsräte völlig schutzlos der gehässigen Personalpolitik der polonisierten Werkverwaltungen ausgesetzt sind. Es kennzeichnet eine deutschfeindliche Haltung der Werkverwaltungen, daß der über den Verdacht einer deutschfreundlichen Einstellung erhabene Schlichtungsausschuß von Königshütte im Falle der vor kurzem entlassenen 17 deutschen Arbeiter der Friedenshütte ausdrücklich festgestellt hat, daß die Entlassung eine unbillige Härte darstellt und die Friedenshütte dazu verurteilt hat, den Entlassenen Entschädigungen von je 300, 700 bzw. 1000 Zloty zu zahlen.

*

In Schönthal bei Graudenz wurden einige Radfahrer, die sich in deutscher Sprache unterhielten, von einer Gruppe polnischer Leute überfallen. In dem sich entspannenden Handgemenge wurde einer der Deutschen blutig geschlagen. In Karthaus in Pommerellen drang eine Gruppe von sechs Polen in die Wohnung des deutschen Volksangehörigen Gehele ein. Die mit Zaunlatten bewaffneten Banditen zerschmetterten die Wohnungstür und einige Fenster. In Bordzichow bei Stargard in Pommerellen wurde der deutsche Volksangehörige Bruno Stiewe von zwei polnischen Brüdern lebensgefährlich verletzt. Als Stiewe des Nachts auf dem Hofe verdächtige Geräusche hörte und aus dem Hause trat, sah er im Dichte seiner Laternenlampe einen der beiden Polen mit schußfertigen Gewehr auf der Erde knien. Ehe er beiseite springen konnte, krachten mehrere Schüsse, die dem Deutschen das linke Bein völlig zerschmetterten und das rechte verletzten. Die polnischen Banditen gaben darauf noch einige Schüsse in die Wohnung Stiewes ab.

Ostland-Chronik

Josef Haller und die Jungfrau Maria

Im „Dziennik Wydostki“ begründete General Haller (der bekanntlich ein Sohn schwäbischer Kolonisten aus Galizien ist) seinen Beitritt zu der neuen „Partei der Arbeit“ u. a. mit folgenden Worten: „Polen muß sein eigenes und nicht ein fremdes Leben leben. Es muß sich mutig unter die Völker der Welt mit der entrollten Fahne des Christuskreuzes und des Adlers der Freiheit stellen. . . Wir wollen, daß sich die Struktur Polens auf die unerschütterliche Grundlage der Gottesgesetze und der angeborenen Menschenrechte stützt. . . Im Glauben an Gott und unter dem Schutze der Gottesmutter, der Königin Polens, werden wir für ein neues Polen arbeiten und um ein neues Polen kämpfen.“

Der Polnische Lehrerverband

Trotzdem die Angelegenheit des Polnischen Lehrerverbandes schon seit Monaten und Jahren die polnische Öffentlichkeit beschäftigt hatte, kam der Vorstoß, den die *Neolegwia* www.legwa.org.pl den *Rec-*band unternahm, doch überraschend. Eine plötzliche Prüfung der Bücher deckte finanzielle Mißbräuche auf: Verbandsgelder waren für politische Zwecke verausgabt worden, und die Vorstandsmitglieder standen bei der Verbandskasse hoch in der Kreide. Ein Mitglied des *Koc-Lagers* wurde zum *Kurator* des Lehrerverbandes bestimmt. Der Vorstand wurde besetzt. Aber dessen Mitglieder gaben ihr Spiel so leicht nicht verloren. Sie glaubten sich der Unterstützung durch die politischen Linkskreise sicher; auch einige Teile des Regierungslagers ergriffen für sie Partei. Die Leitung des Verbandes rief die Mitglieder zum Lehrerkreis auf. Der Parole wurde zum Teil Folge geleistet, obwohl der Kultusminister mit dienstlichen Vergeltungsmaßnahmen drohte. Die Regierung ließ sich nicht einschüchtern. Sie gab der Forderung auf sofortige Herstellung des alten Zustandes nicht nach, sondern ließ mitteilen, daß an Stelle des bisherigen Vorstandes dem *Kurator* ein Rat von sechs Personen zur Seite gestellt würde, von denen drei der Lehrerschaft angehören, drei aber Beamte sein sollten. Der Lehrerverband war bis

zu der Aktion gegen ihn eine der bedeutendsten Hochburgen der margi- nalen Opposition. Seine Leitung war stark bolschewistisch verwehrt. In der Zeitschrift des Verbandes wurde ziemlich unverhüllt Propaganda für Sowjetrußland gemacht. Seiner pazifistischen Gesinnung wegen wurde der Verband von den Militärkreisen heftig bekämpft. Von seiner kirchens- feindlichen Einstellung gab er häufig über- zeugende Proben. Da er Einfluß auf die Personalpolitik des Kultusministeriums be- saß, waren wohl manche Mitglieder in seinen Reihen, die politisch vielleicht anders- wo standen. Rund 60 v. H. der polnischen Lehrerschaft gehörten ihm an.

Noblesse oblige

Mitte Oktober kam es in Lemberg zu ukrainischerfeindlichen Kund- gebungen. Den äußeren Anstoß hierzu gab das Begräbnis eines polnischen Offiziers, der einige Tage zuvor in einem Lemberger Vorort von einem gestestkranken ukrainischen Bauernburschen niedergeschossen worden war, als er sich an der Löschung eines von diesem angelegten Brandes betei- ligen wollte. Der wirkliche Anlaß aber war wo anders zu suchen: In den Ausschreitungen kam die ohnmächtige Erbitterung der Polen über das sieg- reiche und zähe Fortschreiten der ukrainischen Volkstums- bewegung zum Ausdruck. Es war be- zeichnend, daß sich die Wut der polnischen Demonstranten gerade gegen die sichtbaren Zeugen der erfolgreichen ukrainischen Arbeit richtete, nämlich gegen die in der Lemberger Innenstadt gelegenen ukrainischen Geschäftshäuser und Genossen- schaftsgebäude, an denen die Schau- fenster eingeworfen und die Firmenschilder abgerissen wurden. Bekanntlich lautet die neue Parole, unter die die Polen ihren Kampf gegen die Ukrainer gestellt haben, daß, wie in Ostgalizien ein Pole ist, ein Edelmann ist. Noblesse oblige — offen- bar zum Fensterinwerfen.

Geburtenrückgang in Polen

Die vor kurzem veröffentlichten Zahlen der Bevölkerungsbewegung in Polen im ersten Halbjahre 1937 haben der polnischen Presse zu ersten Bevölkerungs-

rungspolitischen Betrachtungen Anlaß gegeben. Im Jahre 1900 hat die Geburtenziffer im Gebiet des heutigen polnischen Staates 34,5 a. L. betragen, im Jahre 1930 noch 32,2 a. L., im ersten Halbjahr 1937 aber nur noch 25,5 a. L. Die Sterbeziffer, die im ersten Halbjahr 1936 nur 14,0 a. L. betragen hat, ist im ersten Halbjahr 1937 auf 15,0 a. L. gestiegen. Die natürliche Bevölkerungszunahme, die vor 7 Jahren noch 15,5 a. L. betragen hat, ist im ersten Halbjahr 1936 auf 12,9 a. L. und im entsprechenden Zeitraum 1937 auf 10,5 a. L. (= 178 000) gefallen. Dabei ist zu bemerken, daß die verhältnismäßig größte natürliche Bevölkerungszunahme die Gebiete mit einer nicht polnischen Bevölkerung aufzuweisen haben. Der Geburtenrückgang und die Erhöhung der Sterblichkeit ist in der Hauptsache eine Folge der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung Polens. Die polnische Presse stellt folgendes fest: Jedes fünfte Kind in Polen stirbt an einer der durch die schlechte Ernährung und die unhygienischen Wohnungsverhältnisse verursachten Krankheiten. Die größte Kindersterblichkeit herrscht in den Arbeiterkreisen und in den bäuerlichen Kreisen einiger Landesteile. Auch die Sterblichkeit im mittleren jugendlichen Alter ist erschreckend hoch. Vor allem die Tuberkulose ist zu einer förmlichen Plage in Polen geworden. Die militärischen Musterungen offenbaren einen geradezu katastrophalen Gesundheitszustand weiter Bevölkerungsschichten.

Deutsche Vereine ohne Heim

Nachdem vor kurzem der Deutsch-katholische Kirchenchor in Friedenshütte seine Uebungsabende hatte einstellen müssen, weil ihm nirgends mehr ein geeigneter Raum zur Verfügung gestellt wurde, wurde nun auch der seit 50 Jahren bestehende Deutsche Katholische Männerverein in Friedenshütte von dem gleichen Schicksal betroffen. Der Wirt des Gasthauses, in dem die Mitglieder des deutschen Vereins bisher zusammengelassen waren, untersagte dem Verein die weitere Benutzung der Räume mit der Begründung, daß er vom Aufständischenverband die Aufforderung erhalten habe, den Deutschen sein Lokal zu verbieten.

Optantenschicksal

Unter den zahllosen Optanten, die seit dem Außerkräfttreten des Teils III der Genfer Konvention aus Ostpreußen

ausgewiesen worden sind, befinden sich auch zwei Urenkelinnen des großen preußischen Baumeisters Karl Friedrich Schinkel, die seit Jahrzehnten in Kattowitz wohnten. Schinkel, zu dessen bekanntesten Werken u. a. das Schauspielhaus am Berliner Gendarmenmarkt, die Neue Wache Unter den Linden (das heutige Reichstheater), die Nationalgalerie und das alte Museum im Lustgarten gehören, ist auch der Schöpfer einer ganzen Reihe bedeutender Bauten im heutigen Polen. Ein Enkel des Baumeisters besaß ein großes Gut in Ruffischpolen. Dort wurden auch die beiden Schwestern, die jetzt als Optanten ausgewiesen wurden, geboren.

Der achte deutsche Lehrer verbannt

Der deutsche Lehrer Rudolf Wiese, der bisher die deutschsprachige Abteilung der öffentlichen Volksschule in Stresze (Kreis Neutomischel) unterrichtet hatte, wurde durch Verfügung des Kultusministers nach Sokolowo im Kreise Pultusk (Wojewodschaft Warschau) versetzt. Es ist dies der achte deutsche Lehrer aus dem Kreise Neutomischel, der durch die Verbannung nach Ruffischpolen kaltgestellt worden ist. — Wie die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg meldete, ist die deutsche Klasse der staatlichen Volksschule in Soldau mit Beginn des neuen Schuljahres, also Anfang September, aufgelöst worden. Die deutschen Kinder sind den polnischen Klassen zuteilt worden.

Die Memelfrage

Im Kauener Seim hatten die drei memelländischen Abgeordneten eine Anfrage an den Ministerpräsidenten betreffend die Amnestierung der im Kauener Kriegsgerichtsprozeß vom Frühjahr 1935 verurteilten Memelländer gerichtet. In Beantwortung dieser Anfrage erklärte Lubels: Er sei jederzeit um eine Besserung der litauischen Beziehungen zum Memelland bemüht; das habe jedoch mit der Angelegenheit des Kriegsgerichtsurteils nichts zu tun; er sei der Auffassung, daß ein Amnestiegesetz nicht erforderlich sei. Dieser Auffassung setzte das Deutsche Nachrichtenbüro folgende Bemerkungen entgegen: Es ist zu begrüßen, wenn der litauische Ministerpräsident erklärt, daß die litauische Regierung jeden Scheitern unterstützen wolle, der zur Besserung der litauischen Beziehungen zum Memelland beiträgt. Das ist jedoch

eine Versicherung, die merkwürdig anmutet in einem Augenblick, in dem diese Beziehungen durch den Erlaß des bekannten litauischen Enteignungsgesetzes für Grundstücke im Memelgebiet besonders belastet worden sind. Auf welche Weise, ob mit oder ohne besonderes Amnestiegesetz, den (zur Zeit noch 25) memeländischen Gefangenen, um die es sich bei dieser Anfrage handelt, die Freiheit wiederzugeben wird, ist nicht das Wesentliche. Sicher ist aber, daß die Beziehungen Litauens zum Memelgebiet ohne Lösung dieser Frage niemals in ein auch nur normales Fahrwasser gelangen können. Daß von reichsdeutscher Seite die Befestigung des Verhältnisses zwischen Litauen und dem Memelgebiet mit besonderem Interesse verfolgt wird, ergibt sich aus der natürlichen Anteilnahme Deutschlands an dem Ergehen deutschen Volkstums im Ausland. Auch das deutsch-litauische Verhältnis wird stets aus dieser Richtung maßgebend beeinflusst sein müssen.

D'Kourke und die Polen

Durch Dekret vom 7. Oktober erhob der Bischof des katholischen Bistums Danzig, der irische Graf D'Kourke, zwei mit polnischen Staatsmitteln erbaute Kirchen, die bis dahin als Hilfsfelsvorsorgstellen für polnische Staatsangehörige polnischen Volkstums den zuständigen Ortsparreien unterstanden, zu selbständigen polnischen Personalparreien. Diese Schaffung polnischer Fremdkörper innerhalb des Netzes der ordentlichen deutschen Ortsparreien bedeutete eine offene Brückpflöckerung der katholischen Bevölkerung Danzigs. Von der Danziger Regierung mußte die Maßnahme als ein glatter Verstoß gegen die staatlichen Hoheitsrechte der Freien Stadt Danzig angesehen werden. In politischer Hinsicht erschien der Schritt insofern bedenklich, als die polnischen Personalparreien nach Maßgabe des Dekretes für alle in Danzig lebenden „katholischen polnischer Herkunft“ zuständig sein sollten, der Begriff der „polnischen Herkunft“ von polnischer Seite aber in einem Sinne ausgelegt zu werden pflegt, der von deutscher Seite um des volkspolitischen Friedens willen mit aller Konsequenz abgelehnt werden muß. Es war offensichtlich, daß hier versucht werden sollte, das von Polen erstrebte, aber auf geradem Wege nicht zu erreichende Ziel

einer kirchlichen Eingliederung Danzigs nach Polen durch die Sprengung des Netzes der deutschen Ortsparreien auf Umwegen erreicht werden sollte. Noch im Jahre 1936 war der polnische Wunsch nach polnischen Personalparreien in Danzig vom Vatikan abgelehnt worden. Im Frühjahr d. J. aber machte sich der Vatikan unter dem politischen Druck des Kardinals Hlond eine andere Auffassung in dieser Frage zu eigen, und er gab dem Bischof D'Kourke freie Hand hinsichtlich der Berücksichtigung der polnischen Wünsche. Das Dekret stieß jedoch, für Vatikan, Bischof und Polen wohl unerwartet, auf den geschlossenen Widerstand der deutschen Geistlichkeit Danzigs. Seitens des Danziger Senates wurde in kategorischer Form die Aufhebung des Dekretes verlangt. In einer Note vom 13. Oktober erhob der Senat beim Vatikan gegen den Eingriff in die staatlichen Hoheitsrechte Protest. Bischof D'Kourke sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Pfarrern Rogaczewski und Komorowski mitzuteilen, daß das Dekret „bis auf weiteres“ nicht in Kraft treten kann.

Die litvische Frage

Der Verband des Estnischen Nationalen Klubs hat in einer an den Staatsverweser Pääs und den stellv. Außenminister Selter gerichteten Denkschrift zur Frage der Litven in Lettland Stellung genommen. In der Denkschrift werden gegen die lettländische Regierung verschiedene Vorwürfe bezüglich der Behandlung der Litven erhoben. Riga habe den Litven die Erfüllung ihres in einer Volksabstimmung zum Ausdruck gebrachten Wunsches nach einer eigenen Gemeinde verweigert; es behindere die Pflege der litvischen Sprache bei der litvischen Jugend; es habe die Verwendung der in Finnland gedruckten litvischen Lehrbücher verboten, das Erscheinen einer litvischen Zeitschrift verboten, der Gründung litvischer Sängerköre Schwierigkeiten bereitet uam. Für Estland und Finnland, so heißt es dann weiter, könne das Schicksal des stammverwandten Volkes nicht gleichgültig sein. Die Regierung wird aufgefordert, den Nachbarstaat Lettland wissen zu lassen, daß die estnisch-lettische Freundschaft in bedeutendem Maße von der Behandlung abhängt, die die lettländische Regierung den Litven zuteil werden lasse. Es handelt sich bei den Litven um einen Volksrest von etwa 1000 Seelen, der am Kap Domesnäs siedelt.

Bücher über den Osten

Reich und Rom. Aus dem Zeitalter der Reformation. Von **Werner Deumelburg.** Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg i. O. 1937. 436 Seiten. Preis Leinen 7,60 RM. — Nach seinem Werke „Kaiser und Herzog“, in dem er das Jahrhundert der Staufen und Welfen behandelt, hat Deumelburg das Zeitalter der Reformation zum Gegenstand seines neuen Werkes gemacht. Er zeichnet als Kenner und Dichter der deutschen Geschichte die Kräfte, die sich in den letzten Jahrzehnten des 15. und den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zum Kampf um das Reich gegeneinander erheben: Kaiser und Fürsten, Ritter und Volk, römische Kirche und Reformation. Ob Deutschland, Habsburg oder die Kirche siegen werden, darum geht es in den Wirren, die dieses Zeitalter erfüllen. Es ist die Tragik des Reiches, daß die, die es erstreben, den Weg zueinander nicht finden. Hutten verzehrt sich im leidenschaftlichen Briefekampf um den Gedanken des Reiches. Sickingen fällt kämpfend unter den Trümmern seiner eroberten Burg. Luther verweigert sich in seinem Ringen um das Reich Gottes der Idee des Deutschen Reiches. Friedrich der Weise von Sachsen glaubt sich zu schwach, die Bürde der Reichsführung auf sich zu nehmen. Und die Revolution der Bauern, welcher der Rückhalt an den Trägern der kirchlichen Reformation fehlt, wird im Blute erstickt. Getrennt von einander marschierend unterliegen die Bannerträger des Reichsgedankens der verbündeten Macht der Fugger, der Habsburger und der römischen Kirche. Auf Jahrhunderte hinaus wird damals der Weg zum Reiche der Deutschen versperrt. Jahrhunderte lang leidet das deutsche Volk noch unter dem tragischen Ausgang dieses gewaltigen Ringens.

Dr. R.

Bewahrung des Herzens. Novelle von **Erich Mittel.** Wilhelm Heyne Verlag, Dresden 1937. 213 Seiten. — Ein deutscher Soldat, der aus einem Kriegsgefangenenlager in Südfrankreich geflohen ist, wandert quer durch Frankreich und kommt, schon nahe der schweizerischen Grenze, auf einen Bergbauernhof. Dort, am Mont Dore, beginnt dann die Geschichte, die das Buch erzählt und die eine Geschichte des Kriegsgefangenen und der jungen Flämin Bertoline, der Witwe eines französischen Soldaten, ist. Aus der Bütte um ein Nachtlager wird ein längerer Aufenthalt und aus dem Fremden der Vertraute der jungen Herrin des Hofes. Mittel, der aus Posen stammende Dichter, beweist auch in dieser Novelle die große Meisterschaft des leidenschaftlichen und doch verhaltenen Erzählens, durch die schon seine Bücher „Durchbruch anno

18“ und „Männer. Ein Buch des Stolzes“ ausgezeichnet waren. Er weiß die tiefe Liebe einer Frau mit derselben Herbeheit und sicheren Knappheit des Stils wie die offene Kameradschaft der Männer zu schildern.

Dr. R.

Siedlung und Machtpolitik des Auslandes. Von **Kupert von Schumacher.** Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1937. 74 Seiten. Preis kartoniert 1,50 RM. — Es ist nicht die Absicht dieser interessanten Schrift, alles, was rechtlich, sozial, wissenschaftlich usw. mit dem vieldeutigen Begriff der Siedlung zusammenhängt, zu erörtern. Sie will vielmehr einen Querschnitt geben durch die politischen Gedanken, die im Ausland die Siedlungstätigkeit beherrschen und leiten. Dabei wird das Befagte an markanten Beispielen aus allen Weltteilen erläutert. In wie hohem Maße die Siedlung ein staats- und völkspolitisches Kampfmittel ist, wird für die Vergangenheit u. a. an den Beispielen der byzantinischen und seldschukischen Grenziedlung, der österreichischen Militärgrenze, der amerikanischen Pionier- und der russischen Kolonisteniedlung, und für die Gegenwart an den Beispielen der osteuropäischen Agrarreformen, der tschechischen Wälderenteignung, des griechisch-türkischen und sonstigen balkanischen Bevölkerungsaustausches, der bolschewistischen Fernostsiedlung, der japanischen Grenziedlung in der Mandchurie usw. erläutert. Als Beispiele für die kolonialistische Erschließung unbewohnter Oerter und verödeten Kulturlandes werden die Trockenlegung der Zuiderssee in Holland, die Kultivierung der Pontinischen Sümpfe in Italien, die Verbannen-, Siedlung“ in Nordrußland, die Siedlung in Bulgarien und in der Türkei, die chinesische und indische Siedlungsexpansion, die Pioniersiedlung in Südafrika und in den Vereinigten Staaten usw. beschrieben. Als Beispiele neuerzeitlicher städtischer Siedlung finden die citylosen Neustädte Italiens, das bolschewistische Wohnkombinat, die Unterwanderung der deutschen Städte in der Tschcho-Slowakei, die vorstädtische Einkreisung der Araberstädte Palästinas durch die Juden, die Ackerbürgerneustädte in den Vereinigten Staaten usw. Beachtung. In all diesen Beispielen tritt immer der politische Wille der Siedlungsträger hervor, der auf die Verdrängung fremden Volkstums, auf die völkspolitische Stärkung der Staatsgrenzen, auf die Erweiterung der Nahrungsgrundlage, auf die Vorbereitung machtpolitischer Auseinandersetzungen abzielt. Alle Beispiele zeigen, daß es letzten Endes immer die durch eine staatliche Aktion gelitete oder aus dem völkischen Instinkt entspringende Menschenbewegung durch Siedlung ist, die über das Schicksal der Staaten und über die Zukunft der Völker entscheidet. Dr. R.

Verlag Dr. Friedrich Dücker, Berlin SW 61, Kaufstraße 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Seidel, Berlin-Friedrichsberg, Jäger 2. — Druck: Brillens-Druckerei GmbH, Berlin-Friedrichsberg, Wolfstraße 7. — Verantwortlich für den Anzeigen: Kurt Haupt, Berlin W 15. — Erscheint monatlich zweimal. Postzugang berechnungsmäßig RM. 0,50. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 1. — 3. v. d. g. — Alle Zuschriften sind an den Band Deutscher Osten, Berlin W 30, Kropfer 45 (Hermann 25 09 14) zu richten.

C. E. Herbst

Gumbinnen, Königstraße 14

Papier- u. Schreibwaren

Buchdruckerei

Sichtartotheke, Bürobedarf
Schreib- u. Rechenmaschinen
Fernruf 2118

Franz Schlobach GmbH., Deutsch-Eylau Westpr.

Werk I

Produktion in östlichen Laubhölzern, speziell Eiche - Buche
Jahresproduktion: 30 000 fm

Werk II

Zuschnitteile für Möbel-
und Parkettfabrikation

MÖBEL

vom einfachsten Stück bis zur schwersten Ausführung gut und preiswert bei

ERICH HARDT

Tischlermeister und Bildhauer

Gumbinnen, Wilhelmstr. 36

Annahme von Darlehnsacheinen

Albert Arndt

Heiligenbeil i. Ostpr.

Tel. 261

MÖBEL

Große Auswahl in Möbeln jeder Art

Besucht den
deutschen Osten!



Die Weingroßhandlung Paul Dreier Nachf.

Inh. Willy Marx

Fernruf 3028 Schneidemühl Neuer Markt 8

ist die leistungsfähige Bezugsquelle für Deutsche und ausländ. Weine.

Feine Spirituosen, Zigarren, Zigaretten



Das Ziel des Hilfswerkes
„Mutter und Kind“: ein reiches
und gesundes deutsches Volk.

Schmude & Wobbe, Insterburg

Empfehlenswerte Bezugsquelle für
Seifen, Parfümerien, Bürstenwaren und Toiletteartikel
Hauptgeschäft: Insterburg, Hindenburgstraße 13/14

- Pflichtstellen:
- Insterburg, Erich Kochstraße 2
 - Gumbinnen, Goldaper Straße 8
 - Rastenburg, Schloßstraße 8
 - Lycia, Hindenburgstraße 88
 - Lötzen, Markt 30
 - Allenstein, Richstraße 32
 - Allenstein, Adolf Hitlerplatz 8
 - Ortelburg, Adolf Hitlerplatz 28
 - Osterode, Göringst. alle 1



Kempel & Leibfried A.-G.
Urach (Württemberg)

Berufs- und
Sportkleidung

Uniform-
lieferanten

Eigene Weberei

Wer oft deutsche Waren kauft und Aufträge in den Osten gibt, hilft die Grenze stark machen!



**Damen-, Herren-
und Kinder-Bekleidung**

Stets modisch, auswahreich
und vorteilhaft im Preis

Wilco
WILLFANG, MÜLLER & CO
AM ALTSTÄDT. MARKT



„Allensteiner Bier“

Goldklar und würzig

Ein Bier von Pilsner Charakter

Bergschlönchen-Brauerei
Braunsberg / Ostpr.

Möbel Rohemofen

Insterburg, Hindenburgstraße 84

Befähigen Sie meine Sonderabteilung:

Möbel deutscher Wertarbeit!

Alleinverkauf f. Ostpreußen!

Luftschutz
ist
das
Gebot
der Stunde!



Modernes Einkaufshaus
für gedieg. Manufaktur- u. Modewaren

*Damen-, Herren- und Kinder-Fertigkleidung
Eigenes Maß-Atelier für vornehme Damen-
und Herrenbekleidung*

*Gardinen - Teppiche - Möbelstoffe - Pelze
Spezial-Abteilung für Aussteuer- und Ergänzungswäsche*

Leo Schweiger, Insterburg

Die Stadtwerke Insterburg

mit ihrem Gas-, Elektrizitäts-, Kanal- und Wasserwerk, Omnibus-, Müllabfuhr- und Verkaufsbetrieb sind der ständige stille Helfer jedes Volksgenossen im Stadtgebiet. Sie bedienen Haushalt, Gewerbe und Industrie mit Energie und Kraft, liefern Gas, Elektrizität und Wasser, übernehmen den Verkehr, beseitigen Abwässer und Müll

zu günstigen Tarifen.

Sie vermitteln die Errungenschaften des Fortschritts und der deutschen Kultur- und Qualitätsleistung. Sie beraten und betreuen jeden Volksgenossen in seinen Wünschen nach Schönheit der Arbeit und Annehmlichkeit des Lebens.

Wir verwalten in Ostpreußen

375 Millionen Reichsmark

Spar- und Giroeinlagen.

Spare auch Du bei uns!

Die ostpreußischen **Stadt- und Kreis-Sparkassen** mündelsicher.

**Heizungen
Wasserleitungen
Bäder usw.**

Lingen u. Co.
Königsberg - Pr.
Französische Str. 1

PERTRIX
OSTPREUSSISCHE

ELEMENTE- UND BATTERIE-FABRIK

Gesellschaft mit beschr. Haftung

Königsberg (Pr.)

Hermann-Göring-Str. 151/155

Taschenlampen- u. Anoden-Batterien

Hülsen und Lichtwerfer

Fahrrad - Scheinwerfer

und Fahrrad - Dynamos

**Büromaschinen
Büromöbel und
Organisationsmittel**

empfiehlt

Albert Wigand
Königsberg Pr., Junkerstr. 10
Eingang Mühlplatz

Staatliche Bernstein-Manufaktur Königsberg (Pr)

Verkauf in den Fachgeschäften und in den Verkaufsstellen:
Königsberg (Pr), Junkerstr., Palmnicken, Bernsteinpavillon

Das Zeichen für  Echtheit und Qualitätarbeit

**Jede Art von Bewachung
in ganz Ostpreußen**

übernimmt die
Wach- u Schließ-
Gesellschaft



Königsberg Pr.
Klapperwiese 5
Tel 411 29 41144

Wer nicht inseriert, bleibt unbeachtet

Fritz Walter, Schneidermeister
Königsberg Pr., Kreislerstr. 6 Große Fremdl. Str. 6
Tel. 1771
Uniformen für Meer u. Luftwaffe
Beruflich für gediegene Arbeit
Zivil-, Sport- u. Reifbekleidung • Ausrüstungsstücke

Seide, Wolle, eleg. Damenkleidung
Seidenhaus

Erich Dletz
Königsberg Pr., Junkerstraße 5
Musterversand bereitwilligst!

Färberei
CAILLÉ & LEBELT
 reinigt chemisch
 Königsberg i. Pr. 5

Nord-Süd-Bau

Ostpreußen G. m. b. H.

Königsberg Pr.

Vorder-Roßgarten 50

Martha Elsner

Königsberg i. Pr., Münzstraße 5-6

Korsetts, Korsetlets, Gesundheitsleibbinden
 Damenwäsche, Strümpfe in großer
 Auswahl zu billigsten Preisen

Otto Ad. Sielmann

Feldbahnen — Bagger — Dieselmotor- und
 Dampflokomotiven — Preßluftanlagen — Trans-
 missionen — Betonmischmaschinen

Königsberg Pr.

Magisterstraße 65-66

Telefon: 36488 und 33360

Konditorei

Kurt Gehlhaar

Königsberg i. Pr. Kantstraße 11-11a
 Junkerstraße 19

Das gute Tages-Cafe mit türkischem Mokka-Salon

Versandhaus des weltberühmten

Königsberger Marzipan

Werkzeugmaschinen

für Holzbearbeitung
 Eisenbearbeitung

Knoth & Jllas, Königsberg Pr., Steindamm 177

Lippert & Matull

Münzstickerei

Königsberg i. Pr., Münzstraße 5-6

Spezialhaus für beste Strickkleidung
 gediegene individuelle Maßanfertigung
 Ruf 31624

Fachgeschäft für Mal- u. Zeichen-Artikel

Käthe Neumann

Königsberg, Am Schloß 1 • Ruf 30536

Gut sortiertes Lager

A. Franz Rapetzki, Königsberg Pr.

Sackheimer Kirchenstraße 23 Fernsprecher: 35244 und 30970

ZENTRALHEIZUNGEN

Heizungs- und Lüftungstechnische Anlagen



Tischlereibedarf

Sperrholz · Fourniere

Wilhelm Tappmeyer, Königsberg Pr., Gebauhrstr. 50. Ruf 33337

Englick & Quätz Königsberg Pr.

Gegründet 1882

Große Schloßteichstraße 10

Ecke Burgstraße

Ruf 33066

Das Haus für Bürobedarf — Büromaschinen — Büromöbel — Büropapiere

Stempel u. Gravuren G.m. b. H.
Königsberg i. Pr. 5
Börsenstraße 11

Mara Arndt

Antiquariat u. Buchhandlung

Königsberg Pr.

Französischestr. 3

Fernsprecher 31732

„Heinzelmännchen“

Inh.: Gertrud Danat

Lichtpausamtalt u. Vervielfältigungsbüro
Königsberg Pr., Lutherstr. 8. Ruf 39005

Gebr. Kittler

Leder für alle Zwecke

Königsberg Pr.

Auffabrijße Bergstraße 11

Fernsprecher Nr. 33112 und 36350

**Hoch- und Tiefbau
Gesellschaft**

Inh.: Gebr. Schmarsel

Königsberg Pr., Glückstr. 12

Wir bitten unsere Bezahler, diese
Inserate besonders zu beachten!

Kompl. Zimmer und Einzeilmöbel
gut und preiswert

A. Thurau Tischlermeister

Königsberg, Vorst. Langgasse 98

Annahme von Ehesstandsdarlehn

Dieckert & Jautschus Nachf.

Inh. Arthur Gerber

Königsberg i. Pr., Löbn. Lanjg. 5

Leder f. Schuhmacher u. Sattler

Bernh. Teichert

Buch- u. Kunsthandlung

KÖNIGSBERG PR.

Gr. Schloßteichstraße 8

Stets das Neueste aller Literaturgebiete

finden Sie in unserer

Buchhandlung und Leihbücherei

Monats- und Wochen- Abonnement

Steindamm-Bücherei

Königsberg Pr., Steindamm 9b

am Nordbahnhof Ruf 36664

F. Trittmacher

Expedition u. Großfuhrbetrieb

Königsberg Pr.

Ligenigrabenstr. 11-12

Sammel-Nr. 36366

Justus Baginski

Be- u. Entwässerungen - Gasanlagen

Sanitäre Einrichtungen

Königsberg/Pr., Jägerhof 15

Fernruf 36712

Ludendorff

Auf dem Wege zur Feldherrnhalle

2,50 RM., Leinen 3,50 RM.

Königsberg i. Pr., Münzstraße 9

Karl von Boehm, Buchhandlung

Parfümerie Favorit

Inh. F. Klein u. E. Wied

Königsberg Pr., Paradeplatz 11

Anruf 36712

unterhält ständig reich sortiertes Lager

in Seifen, Parfümerien, Hautpflege- und

Toilette-Artikeln

Schallke

DAS HAUS DER PHOTOFREUNDE

Königsberg, Steindamm 128/29

FELLENBERG

Kommandit-Ges.

Zementwaren und

Steinholzfußböden

Königsberg Pr.

Friedländertorplatz 5

Ferd. Beyer's Buchhandlung

Königsberg Pr., Französischestr. 25



Steindamm 139

**MÖBELFABRIK
und Einrichtungshaus**

Möbeltischlerei

Innenausbau

ERNST DELLIN

Tischlermeister

Königsberg/Pr., Ziegelstr. 14

Telefon 35993

Tapeten-Balatum

Johs. Dikl, Königsberg Pr.

Vorstädt. Langgasse 93

H. Rosenfeld Nachfolg. K. Bauer

Büro-Möbel

Schreibmaschinen

Tilsit, Hohestraße 13

Werbt für „Ostland“

Johs. Heitmann

Lübeck, Fischergrube 72. Ruf 26445

Metall- und Textilabfälle aller Art,

Papier-Abfälle, Skripturen, Akten

unter der sicheren Gewähr des Einstampfens